

PA

27.857

Médiathèque VS Mediathek



1010793093

PA 27857



Verfassung

des

Kantons Wallis

vom 8. März 1907

Staatskanzlei des Kantons Wallis
1987



Verfassung des **Kantons Wallis**

vom 8. März 1907
mit den Änderungen
bis 1. Januar 1987

Staatskanzlei des Kantons Wallis
1987

PA 27.857

Verfassung des Kantons Wallis

vom 8. März 1907

Abkürzungen

| | |
|----------------|--|
| ABl | Amtsblatt des Kantons Wallis |
| AS | Ämtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Neue Folge (seit 1874). |
| AS/VS | Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis (seit 1815). |
| BBl | Bundesblatt. |
| Bd. I, II usw. | Band der ämtlichen kantonalen Gesetzessammlung (AS/VS). Die römischen Zahlen bezeichnen den Band und die anderen Ziffern verweisen auf die Seitenzahlen. |
| BS | Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (1848-1947). |
| BV | Bundesverfassung. |
| BVers | Bundesversammlung. |
| SR | Systematische Sammlung des Bundesrechts (seit 1970). |
| SGS/VS | Systematische Gesetzessammlung der Republik und des Kantons Wallis (seit 1954). Die römischen Zahlen bezeichnen den Band, Nr. 1, 2 usw. die Ordnungsnummer des jeweiligen Erlasses. |



88/1100

Verfassungsgeschichtler Überblick

Die Gesetzesammlung des Kantons Wallis beginnt mit der Staatsverfassung der Republik Wallis vom 30. August 1802. Ihr ging jene vom Jahre 1798 voraus, die der vom Direktorium Frankreichs aufgestellten Vorlage getreu entsprach. Das Volk war vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und übte seine Rechte nur durch Repräsentanten aus. Diese Verfassung galt indessen nur kurze Zeit, da das Wallis im gleichen Jahre schon mit der helvetischen Republik vereinigt wurde.

Die Verfassung von 1802, die ihm die helvetische, die französische und die zisalpine Republik auferlegten, wurde dem Walliser Volk nicht zur Genehmigung unterbreitet. Sie machte aus dem Wallis einen freien und unabhängigen Staat unter der Protektion der drei Republiken und sicherte Frankreich die freie Benutzung der Strasse von Saint-Gingolph bis zum Simplon zu. Das Land war in 12 Zenden oder Bezirke eingeteilt. Als gesetzgebende Behörde amtierte ein Landrat, der aus den Deputierten der Zenden zusammengesetzt war. Die Abgeordneten wurden vom Zendenrat gewählt, und zwar ein Deputierter auf 2000 Seelen. Es konnten nur Bürger, die öffentliche Ämter bekleidet hatten sowie Offiziere und Notare gewählt werden. Als vollziehende Behörde amtierte ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat, der vom Landrat ernannt wurde. Der Präsident trug den Titel Landeshauptmann. Diese Verfassung gab das im Wallis seit undenklichen Zeiten ausgeübte Referendum preis. Dieses bestand darin, dass jeder Zenden das Recht hatte, Beschlüsse des Landrates anzunehmen oder abzulehnen. Auch das Initiativrecht wurde fallen gelassen. Im Landrat hatte der Bischof einen Sitz. Im Jahre 1810 wurde das Wallis dem französischen Kaiserreich einverleibt.

Die Verfassung von 1815, welche die neue Ära der mit der Eidgenossenschaft vereinigten Republik Wallis eröffnet, führte das Referendum von ehemals wieder ein. Die Gesetze mussten von der Mehrheit der Zendenräte sanktioniert sein. Finanzgesetz, Militärkapitulationen und Naturalisationen mussten überdies den Gemeinderäten unterbreitet werden. Die Zahl der Zenden wurde auf 13 festgesetzt. Der Landeshauptmann führte den Vorsitz im Landrat und im Staatsrat.

Diese zuletzt genannte Bestimmung hatte eine Oppositionsbewegung zur Folge, die nach langen Wirren zu zwei aufeinanderfolgenden Verfassungen vom 30. Januar und 3. August 1839 führte. Nach beiden Verfassungen wurden die Deputierten auf Grund der Bevölkerungszahl gewählt. An Stelle des Landrates trat der Grosse Rat; der Titel Landeshauptmann wurde abgeschafft. Sowohl der Staatsrat als der Grosse Rat hatten einen eigenen Präsidenten. Das Referendum wurde beibehalten. Jede Verfassungsrevision musste vom Volke sanktioniert werden. Die politischen Wirren der Zeit führten bald zu einer neuen Verfassungsrevision. Die neue Verfassung vom 14. September 1844 brachte ausser dem obligatorischen Referendum und der Bestimmung, dass eine Verfassungsrevision nur stattfinden dürfe, wenn sämtliche Mitglieder des Grossen Rates ihr zustimmen, keine nennenswerten Neuerungen.

Auch diese Verfassung war nur von kurzer Dauer. Sie wurde infolge der Ereignisse von 1847 durch jene vom 10. Januar 1848 ersetzt, die folgende wesentliche Neuerungen aufwies: Direkte Wahl des Grossen Rates durch die Urversammlungen und das Initiativrecht des Volkes für Verfassungsrevisionen. Dagegen wurde das Referendum unterdrückt; auch die Zehnden- oder Bezirksräte, die bis dahin eine bedeutende Rolle gespielt hatten,

büssten an Bedeutung erheblich ein. Der Klerus wurde vom Grossen Rate ausgeschlossen, und die geistlichen Ämter wurden nicht nur mit den weltlichen Ämtern, sondern auch mit der Ausübung der politischen Rechte als unvereinbar erklärt.

Diese Verfassung machte einer neuen vom 23. Dezember 1852 Platz, die das obligatorische Referendum für jede Erhöhung des Steuerfusses wieder einführte. Sie sah ein Konkordat zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat vor, setzte die Zahl der Mitglieder des Staatsrates, die im Jahre 1848 auf 7 erhöht worden war, wieder auf 5 herab und stellte den Grundsatz der Minderheitsvertretung auf, indem für Wahlen der Abgeordneten neben den Bezirken noch Kreise gebildet werden konnten.

Nach der Revision der Bundesverfassung im Jahre 1874 kam eine neue Kantonsverfassung zustande, die durch den Grossen Rat am 26. November 1875 angenommen wurde. Im Bestreben, den Kredit des Landes auf solidere Grundlage wieder herzustellen, schrieb die Verfassung die Tilgung der Staatsschuld vor. Die Tilgung erfolgte durch regelmässige, jährliche Abschlagszahlungen, wozu $\frac{1}{2}\%$ der Kantonssteuer verwendet wurde. Der Ansatz dieser Steuer konnte nur durch einen Volksentscheid erhöht werden. Jede ausserordentliche Ausgabe von Fr. 60 000.- musste dem Volke zur Genehmigung unterbreitet werden. Das Revisionsrecht wurde nicht abgeändert. Ein Gestzesreferendum gab es nicht.

Letztere Verfassung blieb bis zum Jahre 1907 unverändert. Im Jahre 1903 verlangte eine vom Oberwallis ausgehende Initiative die Revision der Verfassung im Sinne der Erweiterung der Volksrechte. Diese Bewegung führte zur Annahme der heute noch geltenden Verfassung vom 8. März 1907. Sie enthält neue Bestimmungen wirtschaftlicher und sozialer Natur, indem sie Werken von allgemeinem Nutzen den Schutz des Staates zusichert, u. a. der Landwirtschaft, der Industrie, dem beruflichen Unterricht, den Wohltätigkeitsanstalten. Sie führte das obligatorische Referendum für alle Gesetze und für Dekrete von allgemeiner Tragweite ein. Neben der Verfassungsinitiative sieht sie auch die Gesetzesinitiative vor.

Diese jüngste Verfassung wurde bisher siebenmal teilweise abgeändert: In der Volksabstimmung vom 23. Juni 1912 wurde die Repräsentationszahl für die Grossratswahlen von 1000 auf 1100 erhöht, und zwar berechnet nach der Schweizerbevölkerung, statt wie bisher nach der Gesamtbevölkerung.

Die Wahl der Abgeordneten in den Grossen Rat nach dem Proportional-Wahlverfahren an Stelle des Majorzsystems wurde in der Volksabstimmung vom 25. Januar beschlossen.

Am 26. Dezember 1920 wurde eine Revision angenommen, die Neuerungen im Finanzwesen und in politischer Hinsicht brachte: Für die Besteuerung führt sie den Grundsatz der Progression und jenen des Existenzminimums ein; der Steuerfuss wird durch Gesetz bestimmt. Die Mitglieder des Staatsrates und die Ständeräte, die bisher vom Grossen Rate ernannt wurden, werden durch das Volk gewählt. Die Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Amtsverrichtungen wird aufgehoben.

Nach einer am 11. März 1934 angenommenen Revision werden jetzt die Abgeordneten im Ständerat bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt.

Anlässlich der Teilländerung vom 21. Dezember 1952 wurde für die Besetzung des Grossen Rates das bisherige System der auf 1100 festgesetzten Verteilungsziffern durch den Grundsatz der festen Zahl der Abgeordneten ersetzt, die nun unabhängig vom Bevölkerungswachstum 130 beträgt.

Durch Volksabstimmung vom 14. September 1969 wurde das bisherige für Gemeinde- und Bürgerwahlen in der Regel geltende Majorzverfahren durch das bereits in zahlreichen grösseren Gemeinden eingeführte Minderheitsvertretungen begünstigende Proporzwahlssystem ersetzt, jedoch unter Anerkennung des zur Zeit der Revision geltenden Status quo und seiner Änderungsmöglichkeiten mittels Initiative und auf Grund einer ⁴5-Mehrheit.

Die Stimmberechtigten hiessen am 12. April 1970 mit 26 263 Ja gegen 9895 Nein die Einführung des integralen Frauenstimm- und -wahlrechtes in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten gut. Dies hatte zur logischen Folge, dass mit Volksabstimmung vom 24. September 1972 die Zahl der erforderlichen Unterschriften für die Gesetzesinitiative von vier- auf achttausend und für die Verfassungsinitiative von sechs- auf zwölftausend erhöht wurde (Art. 31 und 101 KV).

Seit dem 14. Oktober 1973 unterliegen Beschlüsse des Grossen Rates über ausserordentliche Ausgaben der obligatorischen Volksabstimmung (Finanzreferendum), wenn sie 1% der auf die nächsthöhere Million aufgerundete Bruttoausgabe der Finanzrechnung des verflossenen Rechnungsjahres übersteigt (bisher Fr. 200 000.-) und mit den gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden können (Art. 30, Ziff. 4, KV).

Die grösste Teilrevision erfuhr jedoch das Kapitel über die Gemeindeordnung (Art. 69-83 KV). Es wurde so die Gemeindeautonomie in der Kantonsverfassung ausdrücklich verankert, das Initiativrecht auf Gemeindeebene ermöglicht und – nebst der bisherigen Einwohner- und Bürgergemeinde – die Kirchengemeinden vorgesehen. Diese neuen Bestimmungen wurden bereits am 28. September 1975 durch das Volk angenommen und am 1. Februar 1981 mit dem neuen Gesetz vom 13. November 1980 über die Gemeindeordnung in Kraft gesetzt.

Mit Volksabstimmung vom 17. März 1974 ist der Artikel 2, welcher die römisch-apostolisch-katholische Religion als Staatsreligion erklärte, völlig abgeändert worden. Der neue Artikel 2 KV enthält das Prinzip der Trennung zwischen Kirche und Staat und gewährleistet die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen. Seine Inkraftsetzung steht allerdings immer noch aus, weil das entsprechende Ausführungsgesetz noch nicht erlassen worden ist.

Schliesslich wurde die bisherige subsidiäre Staatshaftung für die Behörden und öffentlichen Beamten (Art. 21 KV) mit Volksabstimmung vom 26. September 1976 in die primäre Haftung des Staates umgewandelt. Der neue Artikel 21 wurde am 1. Januar 1977 in Kraft gesetzt und die darin enthaltenen Grundsätze werden durch das Gesetz vom 10. Mai 1978, in Kraft seit dem 1. Januar 1979, über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gemeinwesen und ihrer Amtsträger geregelt.

Am 9. Juni 1985 hat das Walliser Volk eine Änderung des Artikels 84 der KV angenommen, womit die zwei Halb-Bezirke des Bezirks Raron mit eigenen Organen und Befugnissen ausgestattet werden. Dies bedeutet konkret, dass ab dem 1. Januar 1987 (Datum des Inkrafttretens dieser Änderung) die bestehenden Halbbezirke östlich- und westlich Raron auf den gleichen Rang gestellt werden wie die übrigen 12 Bezirke des Kantons. Sie bilden in der Tat nun zwei separate Wahlkreise, und jeder Halbbezirk erhält seinen eigenen Präfekten und Vizepräfekten.

Die Änderung des Art. 84 KV regelt ebenfalls den neuen Verteilungsmodus der Grossratsitze in den Bezirken und Halbbezirken.

Die Staatskanzlei

Zeichenerklärung

Die eingekreisten Zahlen im Text der Kantonsverfassung bedeuten: geändert, eingefügt oder aufgehoben durch die nachgenannten **Teilrevisionen**:

- ① **23. Juni 1912** Art. 84, Abs. 1 + 2
(*Grossratswahlen: Erhöhung der Repräsentationszahl auf 1100*).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 23. Juni 1912.
1912, ABl 1912 II 619.
In Kraft seit dem 25. Oktober 1912.
Bd. XXIV 126, ABl 1912 II 994.
Aufgehoben durch Volksabstimmung vom 21. Dezember 1952 ①.
- ② **25. Januar 1920** Art. 84
(*Grossratswahlen: Einführung des Proportional-Wahlverfahrens*).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Januar 1920.
ABl 1920 I 23 und 145.
In Kraft seit dem 13. März 1920.
Bd. XXVII 15, ABl 1920 I 348.
Aufgehoben durch Volksabstimmung vom 21. Dezember 1952 ①.
- ③ **26. Dez. 1920** Art. 24.
(*Besteuerung: Einführung neuer Grundsätze bzgl. Progression, Existenzminimum, Steuerfuss*).
Art. 30 Ziffer 3, Buchst. c, + 4 und 5
(*Volksrechte: Beschlüsse über ausserordentliche Ausgaben (Fr. 200 000.-) unterliegen der Volksabstimmung*).
(*Aufhebung von Ziffer 5 betr. Erhöhung des Steuerfusses*).
Art. 43 (*Wahl des Staatsrates durch den Grossen Rat aufgehoben*).
Art. 44 (*Aufhebung der Ziffern 8 und 9 bzgl. der Wahlbefugnisse des Grossen Rates*).
Art. 52 (*Einführung der Wahl des Staatsrates durch das Volk*).
Art. 85 bis (*Einführung der Wahl der Ständeräte durch das Volk*).
Art. 90 Aufgehoben
(= Unvereinbarkeit der geistlichen und weltlichen Amtsverrichtungen).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 26. Dezember 1920.
Bd. XXVII 110; ABl 1921 10.
In Kraft seit dem 7. Januar 1921.
ABl 1921 Beilage zu Nr. 1 des ABl.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Februar 1921.
BB1 1921 I 141; AS 37 142.

- ④ 11. März 1934 Art. 85 bis.
(Wahl der Ständeräte anlässlich der Gesamterneuerung des Nationalrates).
Änderung von Abs. 1
Angenommen in der Volksabstimmung vom 11. März 1934.
ABl 1934 454.
In Kraft seit dem 6. Juli 1934.
Bd. XXXIV 55/56; ABl 1934 II 1094.
Gewährleistungsbeschluss vom 22. Juni 1934.
BB1 1934 969; AS 50 493.
- ⑤ 21. Dez. 1952 Art. 84.
(Grossratswahlen: Einführung der festen Abgeordneten-
tanzahl).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 21. De-
zember 1952.
ABl 1952 II 2111 und 1953 I 38.
In Kraft seit dem 23. Januar 1953.
Bd. XLVI 242, XLVII 22; ABl 1953 I 194.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BB1 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑥ 14. Sept. 1969 Art. 87.
(Einführung des Proportionalwahlsystems für Gemein-
de- und Bürgerwahlen unter Vorbehalten).
Angenommen in der Volksabstimmung vom 14. Sep-
tember 1969.
ABl 1969 659 und 817.
In Kraft seit dem 28. Oktober 1970.
ABl 1970 921; Bd. LXIII 61; Bd LXIV 142.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BB1 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑦ 12. April 1970 Art. 88 und 91.
(Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts)
Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. April
1970.
ABl 1970 173 und 301.
In Kraft seit dem 1. November 1970.
ABl 1970 890; Bd. LXIV 18 und 141.
Gewährleistungsbeschluss vom 17. Juni 1970.
BB1 1970 I 1214 + 1970 II 54.
- ⑧ 24. Sept. 1972 Art. 31 et 101.
(Gesetzes- und Verfassungsinitiative).
ABl 1972, Seite 820.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 24. Sep-
tember 1972.
ABl 1972 1011.
In Kraft seit dem 8. Juli 1973.
ABl 1973 601; Bd. LXVII 73, 49.
Genehmigt von der Bundesversammlung am 21. Juni
1973.
BB1 1973 I, 1441 und 1728.

⑨ 23. Sept. 1973

Art. 30, Ziffer 4.

(Finanzreferendum).

ABl 1973 693.

Angenommen in der Volksabstimmung vom 23. September 1973.

In Kraft seit dem 14. Oktober 1973.

ABl 1973 887; Bd. LXVII 73, 74.

Genehmigt von der Bundesversammlung am 28. Juni 1974.

BBl 1974 I 1274; 1974 II 169.

⑩ 17. März 1974

Art. 2.

(Gewissensfreiheit)

«Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die frei Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind gewährleistet. Die Religionsgemeinschaften entscheiden über ihre Lehre und ihren Kultus frei und unabhängig. Sie befinden innert den Schranken des öffentlichen Rechtes selbständig über ihre Organisation und Verwaltung. Die römisch-katholische Kirche und die reformiert-evangelische Kirche werden als öffentlichrechtliche Institutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit anerkannt. Die anderen Konfessionen unterstehen den Vorschriften des Privatrechts, können aber nach Massgabe ihrer Bedeutung im Kanton durch Gesetz öffentlichrechtlich anerkannt werden.

Die öffentlichrechtlich anerkannten Konfessionen organisieren sich in Kirchgemeinden oder in Kirchgemeindeverbänden, deren Behörden die Mittel für den Kultus und die übrigen kirchlichen Bedürfnisse beschaffen und verwalten und darin der Aufsicht des Staates unterstehen.

Die Kirche kann ihnen weitere Aufgaben übertragen.

Das Gesetz regelt die Anwendung dieser Bestimmungen».

ABl 1974 84.

Angenommen in der Volksabstimmung vom 17. März 1974.

ABl 1974 197.

Gewährleistungsbeschluss vom 12. Dezember 1974.

BBl 1974 II 973 und 1527.

Dieser Artikel ist noch nicht in Kraft gesetzt worden.

Das Sachregister trägt den neuen Wortlaut von Artikel 2 bereits Rechnung.

- ⑩ 28. Sept. 1975 Art. 69 bis 83 und 89.
(*Gemeindeordnung*)
ABl 1975 616 ff.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 28. September 1975.
ABl 1975 766.
In Kraft seit dem 1. Februar 1981.
Bd. LXXV 228.
Gewährleistungsbeschluss vom 24. Juni 1976.
BB1 1976 II 585 und 1054.
- ⑫ 26. Sept. 1976 Art. 21.
(*Verantwortlichkeit der öffentlichen Körperschaften und ihrer Agenten*).
AS Bd. LXX 105.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 26. September 1976.
AS Bd. LXX 51.
In Kraft seit dem 1. Januar 1977.
AS Bd. LXX 106.
Gewährleistungsbeschluss vom 23. Juni 1977.
BB1 1977 II 1004.
- ⑬ 9. Juni 1985 Art. 84.
(*Aufteilung des Bezirks Raron in zwei Halb-Bezirke und Verteilung der Sitze unter den Bezirken und Halb-Bezirke durch den Grossen Rat*).
Bd. LXXIX, 1.
Angenommen in der Volksabstimmung vom 9. Juni 1985.
Inkrafttretung am 1. Januar 1987.
ABl 1986, 757.
Bestätigt durch die Bundesversammlung vom 10. und 21. März 1986.
BB1 1986 I 8.

Verfassung des Kantons Wallis

vom 8. März 1907¹

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

I. Titel: Allgemeine Grundsätze

Art. 1

¹ Wallis bildet eine innert der Schranken der Bundesverfassung² souveräne und als Kanton der Schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte demokratische Republik.

² Die Souveränität beruht im Volke und wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar von den durch die Verfassung eingesetzten Behörden ausgeübt.

Art. 2^⑩

¹ Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion.

² Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich.

³ Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet.

Art. 3

¹ Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.

² Es gibt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder Familien.

Art. 4

¹ Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

² Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, ausser in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.

³ Ungesetzlich Verhaftete sowie unschuldig Verurteilte sind durch den Staat angemessen zu entschädigen. Das Gesetz regelt die Anwendung dieses Grundsatzes.

Art. 5

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Art. 6

¹ Das Eigentum ist unverletzlich.

² Von diesem Grundsatz kann nur aus Rücksicht öffentlichen Nutzens mittelst einer gerechten Entschädigung und in den vom Gesetze vorgesehenen Formen abgewichen werden.

³ Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder Gemeinden, aus Rücksichten öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.

Art. 7

Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Bodenzins belastet werden.

Art. 8

Die Freiheit der Meinungsäusserung in Wort und Schrift sowie die Freiheit der Presse sind gesichert. Das Gesetz bestraft den Missbrauch derselben.

¹ Angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Mai 1907 (AS/VS, Bd. XXII 175 205 und SGS I Nr. 1). Gewährleistet von der BVers am 30. März 1908 unter dem Vorbehalt, dass Artikel 2, Absatz 1 nur im Sinne der Artikel 49, 50 und 55 BV ausgelegt und angewendet werden darf (AS 24 553; BBl 1907 V 611; SR 101).

² SR 101.

Art. 9

Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Die Ausübung desselben wird vom Gesetz bestimmt.

Art. 10

¹Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und Versammlungsrecht, die freie Ausübung jeder Berufsart in Kunst und Wissenschaft sowie die Freiheit des Handels und der Gewerbe sind gewährleistet.

²Die Ausübung dieser Rechte wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 11

¹Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

²Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 12

¹Die französische und die deutsche Sprache sind als Landessprachen erklärt.

²Der Grundsatz der Gleichberechtigung beider Sprachen soll in der Gesetzgebung und in der Verwaltung durchgeführt werden.

Art. 13

¹Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.

²Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

³Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.

Art. 14

Der Staat erlässt Vorschriften betreffend Arbeiterschutz und Sicherung der Arbeiterfreiheit.

Art. 15

Der Staat fördert und unterstützt nach Massgabe der ihm zu Gebote stehenden finanziellen Mittel:

1. die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und im allgemeinen alle den Kanton interessierenden Zweige der Staatswirtschaft;
2. den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe;
3. die Viehzucht, die Milchwirtschaft, den Rebbaue, den Obstbau, die Alpwirtschaft, die Bodenverbesserungen, die Forstwirtschaft und das landwirtschaftliche und berufliche Genossenschaftswesen.

Art. 16

¹Der Staat organisiert und unterstützt die Viehversicherung.

²Er kann auch andere Versicherungen und besonders die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen.

Art. 17

¹Der Staat fördert die Entwicklung des Strassennetzes und der übrigen Verkehrsmittel.

²Er steht ferner vermittelt Beiträgen für die Dämmung der Rhone sowie für die Dämmung und Verbauung der Bäche und Wildbäche ein.

Art. 18

Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder sowie andere Wohltätigkeitsanstalten.

Art. 19

¹ Der Staat wird die Errichtung von Bezirks- oder Kreis-Spitälern, -Kliniken und Krankenhäusern fördern und unterstützen.

² Er kann auch eine gleichartige kantonale Anstalt errichten.

Art. 20

Die finanzielle Beteiligung des Staates in den von den Artikeln 15, 16, 17, 18 und 19 vorgesehenen Fällen wird durch Spezialgesetz bestimmt werden.

Art. 21 ⑨

¹ Der Staat, die Gemeinden und die mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Gemeindeverbände des öffentlichen Rechts haften gegenüber Dritten für die Handlungen ihrer Agenten.

² Der Agent haftet gegenüber dem öffentlichen Gemeinwesen, in dessen Dienst er sich befindet, für den Schaden, den er ihm in Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung seiner Dienstpflicht direkt oder indirekt zufügt.

³ Das Gesetz regelt die Anwendung dieser Grundsätze.

Art. 22

Die Abberufung oder Absetzung eines öffentlichen Beamten oder Angestellten kann nur nach seiner Einvernahme oder Vorladung und auf Grund eines motivierten Beschlusses derjenigen Behörde erfolgen, die ihn ernannt hat.

Art. 23

Die Staatsausgaben werden bestritten:

- a) aus den Einkünften des Staatsvermögens;
- b) aus dem Ertrag der Hoheitsrechte;
- c) aus den Fiskalgebühren und den verschiedenen Einkünften;
- d) aus den Bundes-Entschädigungen, Beiträgen und Verteilungen;
- e) aus den Steuern.

Art. 24 ⑨

Die Staats- und Gemeindesteuern werden durch die Gesetzgebung festgesetzt unter Wahrung der Grundsätze der Progression und eines gewissen Existenzminimums.

Art. 25

Die Tilgung der Staatsschuld mittelst regelmässigen jährlichen Abschlagszahlungen ist obligatorisch erklärt.

II. Titel: Einteilung des Kantons

Art. 26

¹ Der Kanton ist in Bezirke eingeteilt.

² Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.

³ Der Grosse Rat kann, nach Anhörung der Beteiligten, durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke und durch ein Dekret diejenigen der Gemeinden abändern¹.

⁴ Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Art. 27

¹Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Grossen Rates, des Staatsrates und des Kantonsgerichtes.

²Wenn wichtige Umstände es erfordern, können diese Behörden anderswo tagen.

³Das Dekret vom 1. Dezember 1882 bestimmt die Leistungen des Hauptortes.

⁴Bei Errichtung von kantonalen Anstalten soll billige Rücksicht auf die verschiedenen Landesteile genommen werden.

⁵Die Gemeinde, welche als Sitz einer kantonalen Anstalt bezeichnet wird, kann zu gewissen Leistungen oder Beiträgen gehalten werden.

III. Titel: Politischer Stand der Bürger

Art. 28

¹Walliser sind:

1. die einer Gemeinde des Kantons auf Grund der Geburt angehörenden Bürger;
2. diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht durch das Gesetz oder den Grossen Rat erteilt worden ist.

²Wenn das Kantonsbürgerrecht durch den Grossen Rat erteilt wird, hat der Bewerber, sofern sein Gesuch berücksichtigt werden soll, eine Erklärung zu erbringen, wonach eine Gemeinde des Kantons ihm das Bürgerrecht zusichert, und die übrigen durch das Gesetz über die Erteilung des Kantonsbürgerrechtes vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.

³Kein Kantonsfremder kann ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erwerben, ohne vorher vom Grossen Rate das Kantonsbürgerrecht erhalten zu haben.

⁴Die im Artikel 44 der Bundesverfassung² vorgesehene Bundesgesetzgebung ist vorbehalten.

Art. 29

Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in anderen Gemeinden das Bürgerrecht erwerben.

IV. Titel: Ausübung der Volksrechte

Art. 30

Der Volksabstimmung unterliegen:

1. die Total- (vollständig) oder Partial- (teilweise) Revision der Verfassung;
2. die Konkordate, Abkommen, Verträge, soweit sie in der Zuständigkeit der Kantone liegen;
3. die vom Grossen Rate ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete. Ausgenommen sind:
 - a) die Dekrete dringlicher Natur oder diejenigen von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite. Diese Ausnahme soll jedoch in jedem einzelnen Falle Gegenstand eines speziellen motivierten Beschlusses bilden;
 - b) die gesetzgeberischen Erlasse, die zur Vollziehung der Bundesgesetze notwendig sind;

¹ Vgl. bezüglich der Grenzänderungen Art. 31, Abs. 3, Art. 32, Abs. 2 und Art. 33, des Dekretes vom 22. Mai 1914/21. November 1930 betreffend die Grundbuchvermessungen (Bd. XXV 59 und XXXII 111, SGS N° 1362).

² SR 101.

- c) die ausserordentlichen Beiträge, welche die Eidgenossenschaft in Gemässheit des Artikels 42 der Bundesverfassung¹ den Kantonen auferlegen kann^①;
4. jeder Beschluss des Grossen Rates, welcher eine ausserordentliche Ausgabe zur Folge hat, die 1% der auf die nächsthöhere Million aufgerundete Brutto-Ausgabe der Finanzrechnung des verflossenen Rechnungsjahres übersteigt, wenn diese Ausgabe aus dem Ertrage der gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden kann^②.
5. ...^①

Art. 31

¹ Das Volk kann auf dem Wege der Initiative:

- a) den Erlass eines neuen, die Abänderung oder Aufhebung eines seit wenigstens vier Jahren in Kraft bestehenden Gesetzes begehren;
- b) einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorlegen.

² In einen wie im andern Falle muss das Begehren in der im Artikel 107 vorgesehenen Form durch die Unterschrift von achttausend stimmberechtigten Bürgern unterstützt werden^③.

Art. 32

¹ Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und der Grosse Rat mit demselben einverstanden ist, so hat er einen Gesetzesentwurf im Sinne der Initianten auszuarbeiten und das neue oder abgeänderte Gesetz dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

² Stimmt dagegen der Grosse Rat dem Begehren nicht zu so ist dasselbe dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Der Grosse Rat kann seinen Beschluss vor dem Volke begründen.

³ Sofern die Mehrheit der stimmenden Bürger sich bejahend ausspricht, so hat der Grosse Rat in der im ersten Absatz des gegenwärtigen Artikels vorgezeichneten Weise vorzugehen.

Art. 33

¹ Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt und stimmt der Grosse Rat demselben zu, so ist der Entwurf in dieser Fassung dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Grosse Rat einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder dem Volke kurzweg die Verwerfung des Vorschlages beantragen.

² Der Gegenentwurf oder der Verwerfung ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 34

Wenn ein Initiativbegehren neue Staatsausgaben zur Folge hat, welche durch die gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden können, oder wenn durch dasselbe bestehende Staatseinnahmen unterdrückt werden, so wird der Grosse Rat dem Volke gleichzeitig neue Einnahmequellen zum Vorschlag bringen.

Art. 35

¹ In der Regel wird das Volk alljährlich im Laufe des Monats Dezember zur Urne berufen, um sich gleichzeitig über die vom Grossen Rate erlassenen oder von der Volksinitiative ausgehenden Gesetze und Dekrete auszusprechen.

² Der Staatsrat bezeichnet den Tag der Abstimmung und das Gesetz bestimmt das zu beobachtende Verfahren.

¹ SR 101.

V. Titel: Öffentliche Gewalt

Art. 36

Die öffentlichen Gewalten sind:
Die gesetzgebende Gewalt;
Die vollziehende und verwaltende Gewalt;
Die richterliche Gewalt.

I. Kapitel: Gesetzgebende Gewalt

Art. 37

Unter Vorbehalt der dem Volke eingeräumten Rechte wird die gesetzgebende Gewalt vom Grossen Rate ausgeübt.

Art. 38

¹ Der Grosse Rat versammelt sich von Rechts wegen:

- a) zur konstituierenden Session am dritten Monat nach seiner Gesamterneuerung;
- b) zur ordentlichen Session alljährlich am zweiten Montag Mai und zweiten Montag November.

² Ausserordentlicherweise tritt er zusammen:

- a) infolge Beschlusses des Grossen Rates selbst;
- b) auf die Initiative des Staatsrates;
- c) auf das schriftliche und begründete Begehren von wenigstens 20 Abgeordneten.

Art. 39

¹ Jede ordentliche Session dauert höchstens 13 fortlaufende Tage.

² Wenn wichtige Interessen es erfordern, kann jedoch dieselbe verlängert werden. Der Grosse Rat entscheidet darüber.

Art. 40

Die Sitzungen des Grossen Rates sind öffentliche. Wenn die Umstände er erheischen, kann jedoch geheime Verhandlung beschlossen werden.

Art. 41

¹ Die Beschlüsse des Grossen Rates werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst.

² Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit des Rates erforderlich.

Art. 42

Der Grosse Rat ernennt bei seiner Konstituierung und in der ersten ordentlichen Session der folgenden Jahre aus seiner Mitte seinen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 43 ①

Der Grosse Rat wählt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode das Kantonsgericht und ernennt in jeder Maisession den Präsidenten und Vizepräsidenten dieser Behörde.

Art. 44

Dem Grossen Rate stehen folgende Amtsbefugnisse zu:

- 1. er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt über die Gültigkeit ihrer Wahl;

2. er berätet über die ihm vom Staatsrate unterbreiteten Gesetzes- und Dekretsentwürfe. Im Falle der Volksinitiative geht er nach Massgabe der Artikel 32 und 33 vor;
3. er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus;
4. er bewilligt das Kantonsbürgerrecht;
5. er prüft die Amtsführung des Staatsrates und berät über deren Genehmigung. Er kann zu jeder Zeit von der vollziehenden Gewalt über einen Akt ihrer Verwaltung Rechenschaft verlangen;
6. er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates, untersucht und schliesst die Staatsrechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest.
Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht; das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart;
7. er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden, deren Bestellung dem Staate zukommt;
8. ... ①
9. ... ①
10. er schliesst mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, innert der Schranken der Bundesverfassung¹ und unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Volk;
11. er erteilt die Bergwerks-Konzessionen;
12. er bestimmt die Gehälter der öffentlichen Beamten und setzt die nötige Summe für die Besoldung der Staatsangestellten aus;
13. er erteilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräusserung oder Verpfändung der Staatsgüter und zu den Staatsanleihen;
14. er übt die souveräne Gewalt in allem aus, was die Verfassung nicht dem Volke vorbehält oder einer andern Gewalt überträgt;
15. er übt die dem Kantone in den Artikeln 86, 89 und 93 der Bundesverfassung¹ eingeräumten Rechte aus.

Art. 45

¹Der Grosse Rat kann den Staatsrat einladen, einen Gesetzes- oder Dekrets-Entwurf auszuarbeiten und die Frist zur Einbringung desselben zu bestimmen.

²Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so ist der Staatsrat gehalten, dasselbe noch während der Dauer der nämlichen Session vorzulegen.

Art. 46

¹Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe werden in zwei Lesungen und in zwei ordentlichen Sessionen durchberaten.

²Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so findet die zweite Lesung in der nämlichen Session statt.

Art. 47

Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Überzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verhaltensbefehle gebunden werden.

Art. 48

¹Die Mitglieder des Grossen Rates dürfen ohne Ermächtigung desselben während der Session weder verhaftet noch strafrechtlich verfolgt werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer Tat.

¹SR 101. Im Zeitpunkt der Annahme dieser kantonalen Bestimmung entsprach die Fassung des Artikels 89 jener der heutigen Absätze 1 und 2, wobei jedoch die Dringlichkeitsbeschlüsse vom Referendum ausgenommen waren (AS 1-1). In der Folge wurden ein dritter Absatz über die Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum – heute Absatz 4 (AS 55 242) – und ein Artikel 89bis über die Einschränkung der Anwendung der Dringlichkeitsklausel eingefügt.

²Die Mitglieder des Grossen Rates sind für die von ihnen in der Sitzung gehaltenen Reden einzig dem Grossen Rate verantwortlich.

³Insofern die Reden Beleidigungen oder Schmähungen enthalten, kann die Versammlung die Ermächtigung zur Verfolgung derselben auf dem gewöhnlichen Verfahren erteilen.

Art. 49

¹Die Stelle eines Abgeordneten auf den Grossen Rat ist unvereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Büros des Staatsrates.

²Diese Unverträglichkeit ist auch auf die Bezirkseinknehmer und die Betreibungs- und Konkursbeamten anwendbar.

Art. 50

Es können nicht gleichzeitig im Grossen Rate sitzen:
der Regierungstatthalter und sein Substitut, der Einleitungsrichter und sein Ersatzmann, der Hypothekarverwalter und dessen Stellvertreter, der Einregistrierungsbeamte und sein Stellvertreter, der Zivilstandsbeamte und sein Stellvertreter.

Art. 51

Jeder freigewordene Sitz im Grossen Rate muss gemäss Gesetz wieder besetzt werden.

II. Kapitel: Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 52 ^①

¹Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrate anvertraut.

²Einer derselben wird aus den Wählern des Kantonsteiles ernannt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron und Leuk umfasst; einer aus jenen der Bezirke Siders, Sitten, Ering und Gundis, und einer aus jenen der Bezirke Martinach, Entremont, Saint-Maurice und Monthey.

³Die zwei andern werden aus den sämtlichen Wählern des Kantons ernannt. Jedoch darf nicht mehr als ein Staatsrat aus den Wählern des nämlichen Bezirkes ernannt werden.

⁴Die Mitglieder des Staatsrates werden am gleichen Tage wie die Mitglieder des Grossen Rates direkt vom Volke gewählt und treten ihr Amt am darauffolgenden ersten Mai an. Ihre Wahl erfolgt nach dem Mehrheitsystem. Der Staatsrat konstituiert sich alljährlich selbst. Der ausscheidende Präsident ist nicht unmittelbar wieder wählbar.

⁵Die frei gewordene Stelle eines Staatsrates ist nach 60 Tagen wieder zu besetzen, insofern die Gesamterneuerung nicht innert vier Monaten erfolgt.

⁶Die Wahl der Mitglieder des Staatsrates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlverhandlungen am bestimmten Tage nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

⁷Hat sich im ersten Wahlgange die absolute Mehrheit nicht auf so viele Personen vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben, erhalten haben.

⁸ Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit auf sich vereinigt haben, grösser als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

⁹ Haben zwei oder mehrere Bürger des nämlichen Bezirkes die absolute Mehrheit erhalten, so gilt nur derjenige als gewählt, der die meisten Stimmen erhalten hat.

¹⁰ Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Art. 53

Die Amtsbefugnisse des Staatsrates sind:

1. er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor;
2. er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen und erlässt zu diesem Behufe die notwendigen Beschlüsse;
3. er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung;
4. er verfügt über die Wehrmannschaft des Kantons innert der Schranken der Bundesverfassung¹ und der Bundesgesetze.
Wenn es die Umstände erheischen, wird er den Grossen Rat einberufen. Derselbe ist unverzüglich einzuberufen, wenn die aufgegebenen Truppen den Effektivbestand eines Bataillons übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert;
Der Staatsrat kann nur vom Gesetze organisierte Truppen aufbieten;
5. er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen;
6. er ernennt, mit Einschluss des Majors-Grades, sämtlich Offiziere der kantonalen Truppeneinheiten;
7. er wählt die Beamten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist;
8. er überwacht die untergeordneten Behörden und erteilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;
9. er kann nach erfolgter Einvernahme die Verwaltungsbehörde, welche sich weigern, seine Befehle zu vollziehen, durch motivierten und ihnen mitgeteilten Beschluss, in ihren Amtsverrichtungen einstellen, muss aber dem Grossen Rat in dessen nächster Session darüber Bericht erstatten;
10. er bewilligt die Übertragung von Bergwerks-Konzessionen.

Art. 54

Der Staatsrat ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht über dieselbe und übermittelt gleichzeitig dem Grossen Rat ein vollständiges und ausführliches Inventar des öffentlichen Vermögens.

Art. 55

¹ Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Ausübung des Mandates eines Abgeordneten auf den Grossen Rat.

² Die Staatsräte haben bei den Verhandlungen des Grossen Rates beratende Stimme.

³ Die Amtsverrichtungen eines Staatsrates sind unvereinbar mit denjenigen eines Verwaltungsrates einer Gesellschaft, welche finanzielle Zwecke verfolgt.

Art. 56

¹ Die Mitglieder des Staatsrates können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

² Die Ausübung freier Berufsarten ist ihnen ebenfalls untersagt.

Art. 57

In den eidgenössischen Räten darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrates sitzen.

Art. 58

¹ Der Staatsrat verteilt die Erledigung der Geschäfte nach Departementen.

² Ein vom Grossen Rate genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und den Geschäftskreis derselben.

Art. 59

¹ Die Regierung hat in jedem Bezirk für die Vollziehung der Gesetze und den Dienst der Verwaltung einen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

² Die Amtsbefugnisse des Regierungsstatthalters sind durch das Gesetz bestimmt.

III. Kapitel: Richterliche Gewalt

Art. 60

¹ Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

² Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrate abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Kantonsgericht oder im Kreisgerichte bekleiden.

³ Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.

Art. 61

Das Kantonsgericht erstattet alljährlich dem Grossen Rate durch das Organ des Staatsrates Bericht über alle Zweige der Justizverwaltung.

Art. 62

¹ Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirk ein Richter und ein Richterstatthalter:
für jeden Kreis ein Zivil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;
und für den Kanton ein Kantonsgericht.

² Die Mitglieder des Kantonsgerichtes sollen die Kenntnisse der beiden Landessprachen besitzen.

Art. 63

¹ Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Gerichte, deren Zusammensetzung, die Wahl und Besoldungsweise der Richter, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und andern Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz bestimmt.

² Es können nur vier Kreisgerichte bestehen.

³ Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wähler des Amtsbezirkes der Gemeinde gewählt.

⁴ Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

⁵ Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Art. 64

Der Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, ein Handelsgericht und ein oder mehrere gewerbliche Schiedsgerichte einzuführen.

Art. 65

¹ Es besteht ein Verwaltungsgericht sowie ein Gericht das über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

² Diese Gerichte werden durch eigene Gesetze organisiert.

VI. Titel: Bezirks- und Gemeindeverwaltung

I. Kapitel: Bezirksrat

Art. 66

¹ Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrat.

² Der Gemeinderat wählt seine Delegierten auf denselben im Verhältnis von einem auf 300 Seelen Bevölkerung.

³ Der Bruch von 151 wird für ein Ganzes gerechnet.

⁴ Jede Gemeinde, welches immer ihre Bevölkerung sein mag, ernennt wenigstens einen Abgeordneten.

⁵ Der Regierungsstatthalter oder dessen Substitut führt beim Bezirksrate den Vorsitz.

Art. 67

¹ Der Bezirksrat schliesst die Rechnungen des Bezirkes ab und verteilt die demselben zufallenden Lasten unter die Gemeinden, unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat.

² Er nimmt alljährlich Kenntnis von dem Berichte über die Finanzverwaltung des Staates.

³ Er vertritt den Bezirk und wacht im besonderen über dessen ökonomische Entwicklung und die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte desselben.

Art. 68

Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weiteren Amtsbefugnisse dieses Rates.

II. Kapitel: Gemeindeordnung ⑩

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 69 ⑩

Die Gemeinden ordnen innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze ihre Angelegenheiten selbständig. Sie sind für die Aufgaben zuständig, die örtlicher Natur sind und jene, die sie allein oder zusammen mit anderen Gemeinden lösen können.

Art. 70 ⑩

¹ Die Gemeinden üben ihre Tätigkeit so aus, dass sie mit dem Gemeinwohl und dem Interesse der übrigen Gemeinwesen vereinbar ist.

² Sie führen ihre eigenen sowie die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben aus.

³ Das Gemeindevermögen muss zweckmässig verwendet und sorgfältig verwaltet werden.

Art. 71 ⑩

¹ Die Gemeinden können sich zur gemeinsamen Lösung öffentlicher Aufgaben zusammenschliessen. Sie bilden zu diesem Zwecke öffentlich-rechtliche mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Verbände. Die Gemeinden können auch auf jede andere Art zusammenarbeiten. Die Grundsätze bezüglich dieser Zusammenarbeit, sowie der Gründung und der Tätigkeit dieser Gemeindeverbände werden durch das Gesetz bestimmt.

² Der Staatsrat kann unter gewissen vom Gesetz zu bezeichneten Bedingungen Gemeinden zwingen, zusammenzuarbeiten oder sich zu öffentlich-rechtlichen Verbänden zusammenzuschliessen.

Art. 72 ⑩

¹ In jeder Gemeinde bestehen folgende Organe:

1. eine Versammlung der in der Gemeinde stimmberechtigten Bürger;
2. ein Gemeinderat, der von der Gemeindeversammlung gewählt wird.

² Die Gemeindeversammlung wählt aus der Mitte der Gemeinderäte einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten.

³ Im weiteren bestimmt das Gesetz die Grundsätze der Gemeindeorganisation.

Art. 73 ⑩

¹ Die Gemeindeversammlung kann, sofern die Gemeinde über 700 Einwohner zählt, einen Generalrat wählen, dessen Organisation und Befugnisse vom Gesetz bestimmt werden.

² Gegen die Beschlüsse, die der Generalrat anstelle der Gemeindeversammlung fasst, steht den Bürgern das fakultative Referendum zu. Das Gesetz regelt die Ausübung dieses Rechtes.

³ Diese Bestimmungen gelten nicht für die Burrgemeinde.

Art. 74 ⑩

¹ Die Gemeinden sind berechtigt, das Initiativrecht einzuführen. In den Gemeinden, die dieses Recht besitzen, können die Bürger an den Gemeinderat Initiativbegehren stellen in Form einer allgemeinen Anregung über den Erlass oder die Abänderung von Reglementen, die in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung fallen.

² Das Gesetz regelt die Einführung und die Ausübung dieses Rechtes.

Art. 75 ⑩

¹ Die Gemeinden sind innerhalb der Schranken des Artikels 69 der Aufsicht des Staatsrates unterstellt. Das Gesetz bestimmt die Art und Weise dieser Aufsicht, insbesondere was die Verwaltung betrifft. Sofern die Verfassung und die Gesetze nicht ausdrücklich etwas gegenteiliges vorsehen, beschränkt sich die Überprüfungsbefugnis des Staatsrates auf die Gesetzmässigkeit.

² Die von den Gemeinden ausgearbeiteten Reglemente müssen vom Staatsrat genehmigt werden.

³ Dasselbe gilt für wichtige Vorhaben betreffend Verkauf, Tausch, Verpachtung, Teilung von Liegenschaften, Veräusserung von Vermögenswerten, Darlehen, Leistung von Bürgschaften, Erteilung und Übertragung von Wasserkraftkonzessionen.

⁴ Das Genehmigungsverfahren wird durch das Gesetz geregelt.

Art. 76 ⑩

Als Gemeinden gelten:

1. die Einwohnergemeinden;
2. die Burrgemeinden;
3. die Kirchengemeinden.

B. Einwohnergemeinden

Art. 77 ⑩

¹ Die Einwohnergemeinde besteht aus den auf dem Gemeindegebiet wohnsässigen Personen.

²Das Gebiet der Einwohnergemeinde ist unter Vorbehalt des Artikels 26 gewährleistet.

Art. 78 ⑩

¹Die Urversammlung setzt sich zusammen aus den in der Gemeinde stimmberechtigten Einwohnern.

²Sie wählt einen Gemeinderat von 3 bis 15 Mitgliedern, den Präsidenten und Vize-Präsidenten und gegebenenfalls den Generalrat.

³In den Gemeinden ohne Generalrat entscheidet die Urversammlung insbesondere:

1. über die Gegenstände, die gemäss Artikel 75 der Genehmigung des Staatsrates unterliegen;
2. über die neuen nicht gebundenen Ausgaben, deren Höhe durch die Gesetzgebung festzulegen ist und die nicht durch Anleihen gedeckt werden müssen;
3. über die Rechnung.

²In den Gemeinden mit Generalrat tritt dieser an die Stelle der Urversammlung und übt mindestens deren Rechte aus, ausgenommen in Wahlangelegenheiten.

³Das Gesetz bestimmt in beiden Fällen die weiteren Zuständigkeiten sowie die Ausübung dieser Rechte.

Art. 79 ⑩

¹Dem Gemeinderat obliegen folgende Aufgaben:

1. er besorgt die allgemeine Verwaltung der Gemeinde;
2. er entwirft die Gemeindereglemente und sorgt für deren Anwendung;
3. er sorgt für die Vollziehung der kantonalen Gesetzgebung;
4. er ernennt die Angestellten;
5. er erstellt das Budget unter Vorbehalt von Artikel 78, Absatz 2;
6. er erstellt die Rechnung.

²In den Gemeinden ohne Burgerrat, übt der Gemeinderat dessen Funktion aus.

C. Bürgergemeinden

Art. 80 ⑩

Die Bürgergemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes und hat als solche die ihr von der Gesetzgebung übertragenen Aufgaben im öffentlichen Interesse zu erfüllen.

Art. 81

¹Die Burgerversammlung besteht aus den Bürgern, welche im Gebiet der Bürgergemeinde ihren Wohnsitz haben. Die Gesetzgebung kann die Ausübung bestimmter Rechte auf die im Kanton wohnsässigen Bürger ausdehnen.

²Die Burgerversammlung hat in Bürgerangelegenheiten die gleichen Befugnisse wie die Urversammlung. Sie entscheidet überdies über die Aufnahme neuer Bürger.

Art. 82 ⑩

¹Die Burgerversammlung ist berechtigt, die Bildung eines getrennten Burgerrates zu verlangen. Dieses Begehren muss gemäss den gesetzlichen Vorschriften am Ende einer Verwaltungsperiode gestellt werden.

²Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens neun Mitgliedern.

D. Die Kirchgemeinden

Art. 83 ^⑩ ^⑪

Die Kirchgemeinden unterstehen der auf Grund von Artikel 2 der vorliegenden Verfassung ausgearbeiteten Spezialgesetzgebung. Für alle in dieser Gesetzgebung nicht vorgesehenen Fälle sind die für die Einwohnergemeinden geltenden Bestimmungen sinngemäss anwendbar.

VII. Titel: Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit Dauer der öffentlichen Ämter

Art. 84 ^①

¹Der Grosse Rat setzt sich aus 130 Abgeordneten und ebensovielen Ersatzmännern zusammen, die direkt vom Volke gewählt werden.

²Die Sitze werden wie folgt unter die Bezirke verteilt; Die Gesamtzahl der schweizerischen Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 130 geteilt. Der so erhaltene Quotient wird auf die nächsthöhere Zahl aufgerundet und bildet dann die Verteilungszahl. Jeder Bezirk erhält sovielmal einen Abgeordneten und einen Ersatzmann zugeteilt, als die Verteilungszahl in der Zahl seiner schweizerischen Wohnbevölkerung enthalten ist. Werden durch diese Verteilung nicht alle Sitze ermittelt, so fallen die verbleibenden Sitze den Bezirken zu, welche die grössten Zahlenresten aufweisen.

³Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

⁴Die Wahlen erfolgen bezirksweise und zwar nach dem Proportional-Wahlverfahren. Die Anwendungsart dieses Grundsatzes ist durch das Gesetz bestimmt.

Art. 85

¹Der Grosse Rat, der Staatsrat, die Gerichtsbeamten, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

²Der Präsident und der Vize-Präsident des Staatsrates sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Art. 85 bis ^②

¹Die Abgeordneten auf den Ständerat werden bei der ordentlichen Gesamterneuerung des Nationalrates direkt vom Volke gewählt. Diese Wahlen erfolgen im ganzen Kanton als einziger Wahlkreis nach dem Mehrheitssystem ^③.

²Die Wahl des Ständerates findet mittelst des gleichen Listenskrutiniums statt. Werden die Wahlen am bestimmten Tag nicht vollendet, so sind dieselben am darauffolgenden Sonntag wieder aufzunehmen. In diesem Falle wird das Ergebnis des ersten Wahlganges und die Wiederaufnahme der Wahlverhandlungen unverzüglich bekannt gegeben.

³Hat sich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit nicht auf so viele Abgeordnete vereinigt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem zweiten Wahlgang gelten diejenigen als gewählt, welche die meisten Stimmen, und wäre es auch nicht die absolute Mehrheit derselben erhalten haben.

⁴Ist die Zahl derjenigen, welche die absolute Mehrheit erhalten haben, grösser als die Zahl der zu Wählenden, so gelten diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, als gewählt.

⁵Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Art. 86

¹ Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Grossen Rates findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.

² Der neugewählte Grosse Rat tritt mit der Eröffnung der konstituierten Session in Amtstätigkeit.

Art. 87 ^⑥

¹ Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am ersten Sonntag Dezember statt. In der Regel werden diese Wahlen nach dem Proporzsystem durchgeführt. Wenn aber mindestens der Fünftel der Wähler die Wahl nach dem Majorzsystem verlangt, so entscheidet die Urversammlung oder die Bürgerversammlung durch vier Fünftel Mehrheit, ob sie dieses Wahlsystem annehmen will.

² Ist das Majorzsystem einmal eingeführt, so wird es beibehalten, bis mindestens ein Fünftel der Wähler die Einführung der Wahlen nach dem Proporzsystem verlangt.

³ Das Majorzsystem gilt als eingeführt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen für jene Gemeinden, in welchen es im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verfassungsrevision angewandt wird.

⁴ Die Anwendung dieser Grundsätze wird durch das Gesetz geregelt.

⁵ Die Gemeinde- und Bürgerschaftsbehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

⁶ Im Falle von Einsprachen entscheidet der Staatsrat welche Behörden zu amten haben.

Art. 88 ^⑦

¹ Der Bürger und die Bürgerin üben ihre politischen Rechte mit der Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres aus.

² Alle Stimmfähigen sind in die öffentlichen Ämter wählbar.

Art. 89 ^⑩

¹ Niemand kann gleichzeitig Ratsmitglied mehrerer Gemeinden sein. Diese Vorschrift gilt nicht im Verhältnis des Kirchgemeinderates zu den übrigen Gemeinderäten.

² Jeder Bürger kann nur in einer Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinde das Stimmrecht ausüben.

Art. 90 ^①

Art. 91 ^⑦

¹ Es können nicht zugleich im Staatsrate sitzen;

1. Ehegatten;
2. Verwandte oder Verschwägte in gerader Linie im ersten Grad;
3. Verwandte in der Seitenlinie bis und mit dem dritten Grad und
4. Verschwägte in der Seitenlinie im zweiten Grad.

² Diese Unverträglichkeit sind auch auf die Gemeinde- und Burgerräte sowie auf die Gerichte und Gerichtsschreiber anwendbar.

³ Ehegatten und Verwandte oder Verschwägte im ersten Grad in gerader Linie können nicht zugleich im Generalrat sitzen.

Art. 92

Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und Bundesgesetzgebung bestimmt.

Art. 93

Der Regierungsstatthalter darf keine Gerichtsbeamtungen bekleiden.

Art. 94

Die nämliche Person kann nicht zwei Ämter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiet, deren eines dem andern untergeordnet ist, auf sich vereinigen.

Art. 95

Niemand kann zugleich Präsident und Richter derselben Gemeinde sein.

Art. 96

Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Munizipalrates und des Burgerrates sein.

Art. 97

Kein patentierter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er das Schreibamt versieht, einen Handel führen.

Art. 98

Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeiten und kann die Häufung (Kumulation) gewisser Beamten verbieten.

Art. 99

Die in der gegenwärtigen Verfassung vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle sind auf die Substitution oder Ersatzmänner nicht anwendbar.

VIII. Titel: Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus

Art. 100

Der Staatsrat sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag des Inkrafttretens derselben, wenn anders ihn nicht der Grosse Rat selbst festsetzt.

Art. 101

¹Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) eine Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der gegenwärtigen Verfassung verlangen.

²Das Initiativbegehren kann in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.

³Im einen wie im andern Fall muss das Begehren durch die Unterschrift von zwölftausend Aktivbürgern unterstützt werden. ①

Art. 102

¹Wird das Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt, so ist dasselbe dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Der Grosse Rat kann, wenn er es für zweckmässig erachtet, dasselbe mit einer Vormeinung begleiten.

²Die Urversammlungen entscheiden im bejahenden Falle zugleich darüber, ob die Revision eine totale (vollständige) oder partielle (teilweise) sein solle und ob dieselbe durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat vorzunehmen sei.

³Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt, so berät der Grosse Rat darüber in zwei ordentlichen Sessionen. Stimmt er den Entwurf zu, so wird derselbe in der vorliegenden Fassung dem Volke zur Abstimmung unterbreitet. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Grosse Rat die Verwerfung des Vorschlages beantragen oder diesem einen eigenen Entwurf gegenüberstellen.

⁴Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 103

¹Findet die Revision zufolge des Volkentscheides durch den Grossen Rat statt, so wird dieselbe in zwei ordentlichen Sessionen beraten.

²Findet dieselbe durch einen Verfassungsrat statt, so wird sie in zwei Lesungen beraten.

³Die Verfassungsratswahlen erfolgen auf der gleichen Grundlage wie die Wahl der Abgeordneten auf den Grossen Rat. Auf dieselben ist keiner der für die letztere vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle anwendbar.

Art. 104

Auch der Grosse Rat kann von sich aus gemäss den für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen die Verfassung revidieren, nachdem er vorher in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmässigkeit der Revision ausgesprochen hat.

Art. 105

Die durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat revidierte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung unterbreitet.

Art. 106

Bei den in Vollziehung der Artikel 102 und 105 angeordneten Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger.

Art. 107

¹Jedes aus einer Volksinitiative hervorgegangene Revisionsbegehren wird an den Grossen Rat gerichtet.

²Die das Begehren unterstützenden Unterschriften werden gemeindeweise abgegeben und die Stimmberechtigung der Unterzeichner muss durch den Gemeindepräsidenten bescheinigt werden. Dieser hat sich auch von der Echtheit der ihm verdächtig scheinenden Unterschriften zu versichern.

IX. Titel: Übergangsbestimmungen

¹Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.

²Ein neues Wahlgesetz soll vor dem 1. Januar 1908 dem Grossen Rate vorgelegt werden.

Der 1. Vize-Präsident des Grossen Rates: **Moritz von Werra**
Die Schriftführer: **Ig. Mengis, Cyr. Joris**

¹ Die Verfassung vom 8. März wurde mit Dekret vom 23. Mai 1907 als Staats-Grundgesetz erklärt und am 2. Juni 1907 veröffentlicht, um sofort in Kraft zu treten.
Bd. XII, 205.

Sachregister

Die Ziffern verweisen auf die Artikel der Verfassung

- Advokat* 97.
Abkommen, Volksabstimmung 30.
Alpwirtschaft, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.
Amnestierecht 44³.
Ämter, öffentliche, Wählbarkeit 88.
Anleihen 44¹³, 83.
Anstalten, kantonale.
- Errichtung 18, 19, 27.
- Leistungen oder Beiträge der Gemeinden 27.
Arbeiterschutz 14.
Arbeitsfreiheit, Sicherung 14.
- Bäche*, Dämmung und Verbauung, kantonale Beiträge 17.
Beamte und Angestellte.
- Verantwortlichkeit 21.
- Amtsbürgschaft 21.
- Abberufung oder Absetzung 22.
- Gehälter und Besoldungen 44¹².
- Unvereinbarkeit.
- mit der Mitgliedschaft im Grossen Rat 49, 50.
- mit dem Amt eines Richters im Kantonsgericht oder in einem Kreisgericht 60.
- mit dem Amt eines Regierungsstatthalters 50, 93.
- mit andern Funktionen 94-99.
- Betreibungs- und Konkursbeamte 49.
- Einregistrierungsbeamte 50.
- Zivilstandsbeamte 50.
- Wahl 53⁷.
- der Gerichtsbeamten 85.
- Begnadigungsrecht* 44³.
Behörden.
- Verantwortlichkeit 21.
- Überwachung durch den Staatsrat 53⁸.
- Einstellung 53⁹.
- Staatsrat 52-59.
- Grosser Rat 37-51.
- Regierungsstatthalter 59.
- richterliche 60-65.
- Behörden*.
- Kreisträte 66-68.
- Gemeinde 70-83.
- Beiträge*, ausserordentliche, welche durch die Eidgenossenschaft den Kantonen auferlegt sind. Volksabstimmung 30.
Bergwerke.
- Erteilung der Konzessionen 44¹¹.
- Übertragung von Konzessionen 53¹⁰.
Berufe.
- freie Ausübung 10.
- Ausübungsverbot für die Mitglieder des Staatsrates 56.
Betreibungs- und Konkursbeamte, Unverträglichkeit mit der Mitgliedschaft im Grossen Rat 49.
Bezirke 26.
- Bezirksräte 66-68.
- Rechnungen der -67.
Bezirks- oder Kreisspitäler, Errichtung, Förderung und Unterstützung 19.
Bezirksrichter 62.
Bodenverbesserungen, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.
Bundesbehörden, Verkehr mit den -53⁵.
Bundesentschädigungen, -beiträge und -verteilungen 23.
Bundesgesetze, Vollziehungserlasse, Volksabstimmung 30.
Bundesversammlung.
- Höchstzahl der Mitglieder des Staatsrates in eidgenössischen Räten 57.
Bürger, siehe auch Rechte der -.
- Bürgerrecht 28.
Burger 28.
- Aufnahme von neuen Burgern 74.
Burgergüter 71, 75, 78.
Burgerräte 70, 78, 85, 91, 96.
Burgerschaften, siehe Gemeinden.
Burgerversammlungen 70, 74, 75, 81.
- Civilgerichte*, siehe Gerichte.
- Dekrete*, siehe Gesetze und Dekrete.
Départemente 58.

Eigentum,

- siehe auch Liegenschaften.
- Unverletzlichkeit 6.

- Enteignung 6.

Einbürgerung 28.

Einleitungsrichter, Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft im Grossen Rat 50.

Einregistrierungsbeamte, Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft im Grossen Rat 50.

Enteignung 6.

Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder, Gründung und Unterstützung durch den Staat 18.

Expropriation 6.

Feuerversicherung, obligatorische 16.

Fiskalgebühren 28.

Flüsse, Dämmung und Verbauung, kantonale Beiträge 17.

Forstwirtschaft, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.

Freiheit, persönliche Gewährleistung 4.

Geistliche, Ernennung 44⁷.

Gemeinden 26, 69-83.

- Sitz einer kantonalen Anstalt 27.
- Leistungen und Beiträge zugunsten einer kantonalen Anstalt 27.
- Gemeinderichter 63, 95.

Gemeinden,

- Wahl der Bezirksräte 66.
- Selbständigkeit der -69.
- Gemeindebehörden 70, 87.
- Urversammlungen 70, 72, 73, 75, 77, 81, 102.
- Gemeinderäte (Munizipalitäten) 70, 73, 76, 77, 79, 80, 85, 91, 96.
- Burgerversammlungen 70, 74, 75, 81.
- Bürgerräte 70, 78, 85, 91, 96.
- Burgervermögen 71, 75, 78.
- Präsidenten und Vizepräsidenten 73, 95.
- Generalräte 73, 77, 91.
- Gemeinderechnungen 75, 76.
- Gemeindeangestellten 76.
- öffentliche Lasten 76.
- Gemeinde- und Bürgerreglemente 75, 76, 82.
- Gemeinde- und Burgerverwaltungen 76, 82.

- Gemeinde- und Bürgerwahlen 87.

Gemeindesteuern 23, 34.

Genossenschaftswesen, landwirtschaftliches und berufliches, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.

Gerichte 60-65. Siehe auch Kantonsgericht.

- Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt 60.

- Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft eines Kreisgerichts 60, 63, 91.

- Zahl der Gerichte 62, 63.

- Kreisgerichte (Zivil-, Korrektions-) 93, 94, 95, 97.

- Justizverwaltung 61.

- Gemeinde- und Bezirksrichter 62. und Kriminalgericht 62, 63.

- Kompetenz der -, Wahl und Besoldungsweise der Richter 63.

- Handelsgericht 64.

- Schiedsgerichte, gewerbliche 64.

- Verwaltungsgericht 65.

- Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt 65.

- Gerichtsbeamte. Wahl 85.

Gerichtsschreiber, Unvereinbarkeit mit diesem Amt 91.

Geschäftsführung 44⁵.

Gesetze und Dekrete,

- Gleichberechtigung der beiden Landessprachen 12.

- Volksabstimmungen 30, 35.

- Dringlichkeitsklausel 30, 45, 46, 35.

- Volksbegehren betreffend - 31, 35.

- Beratung der - durch den Grossen Rat 44², 46.

- Entwürfe, Ausarbeitung und Einbringung durch den Grossen Rat 45.

- Bekanntmachung 100.

Gesetzgebung, Gleichberechtigung beider Landessprachen 12.

Gewalten, öffentliche 36.

- gesetzgebende 37-51.

- vollziehende und verwaltende 52 bis 59.

- richterliche 60-65.

- Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt 65.
- Gewässer*, Dämmung und Verbauung, kantonale Beiträge 17.
- Gewerbe*, beruflicher Unterricht 15.
- Gewerbefreiheit*, Gewährleistung 10.
- Gewissensfreiheit*, Unverletzlichkeit 2.
- Glaubens- und Gewissensfreiheit*, Unverletzlichkeit 2.
- Gleichheit der Bürger* vor dem Gesetze 3.
- Grosser Rat* 37-41.
- Sitz 27.
- Beschlüsse, die der Volksabstimmung unterliegen 30.
- Sessionen, konstituierende, ordentliche und ausserordentliche 38, 39.
- Einberufung 38, 53⁴.
- Öffentlichkeit der Sitzungen 40.
- Beschlüsse und Verhandlungen 41.
- Präsident, Vizepräsidenten, Sekretäre und Stimmzähler. Wahl 42.
- Befugnisse 44.
- Stimmrechtsausübung durch die Abgeordneten 47.
- Immunität der Abgeordneten 48.
- Verantwortlichkeit 48.
- Reden der Abgeordneten 48.
- Unvereinbarkeiten mit der Mitgliedschaft und anderen Funktionen 49, 50, 55, 56, 57.
- Freigewordene Sitze, Wiederbesetzung 51.
- Beratende Stimme der Mitglieder des Staatsrates 55.
- Wahl der Abgeordneten 84-86.
- Amtsdauer 85.
- Proportional-Wahlverfahren 84.
- Amtsantritt des neugewählten – 86.
- Grundstücke*,
 - Enteignung 6.
 - Belastung mit einem unloskäuflichen Bodenzins. Verbot 7.
 - Ankauf, Veräusserung oder Verpfändung 44¹⁰.
 - Verkauf, Tausch, Pacht und Teilung von Liegenschaften 83.
- Handel*,
 - Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.
 - beruflicher Unterricht 15.
 - Handels- und Gewerbefreiheit*, Gewährleistung 10.
 - Handelsgericht* 64.
 - Hauptort* des Kantons 27.
 - Hauptorte* der Bezirke 26.
 - Hausdurchsuchung* 4.
 - Hoheitsrechte*, Ertrag 23.
 - Hypothekarverwahrer*, Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft im Grossen Rat 50.
 - Immobiliar-Feuerversicherung*, obligatorische 16.
 - Industrie*,
 - Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.
 - beruflicher Unterricht 15.
 - Initiativrecht*, siehe Volksbegehren.
- Kantonsbürger*, siehe Bürger.
- Kantonsbürgerrecht* 28, 44⁴.
- Kantonsgericht*,
 - Sitz 27.
 - Wahl der Mitglieder des Präsidenten und des Vizepräsidenten 43.
 - Unvereinbarkeiten mit der Mitgliedschaft 60, 63, 91, 93, 94, 95, 97.
 - Justizverwaltung, Bericht des – 61.
 - Pflicht der Mitglieder, die beiden Landessprachen zu kennen 62.
- Kantonsverfassung*,
 - Total- oder Partialrevision.
 - Volksabstimmungen 30, 102, 103, 105, 106.
 - Volksbegehren auf – 101, 102, 107.
 - durch den Grossen Rat oder einen Verfassungsrat, Entscheidung der Urversammlungen 102, 103, 104.
 - Verfassungsratswahlen 103.
- Kinder*, verwahrloste, Erziehungsanstalten, Gründung und Unterstützung durch den Staat 18.
- Kliniken*, Errichtung, Förderung und Unterstützungen 19.
- Kompetenzstreitigkeiten* 65.

Konkordat, Volksabstimmung 30.
Korrektionsgericht, siehe Gerichte.
Krankenhäuser, Errichtung, Förderung und Unterstützung 19.
Kreisgerichte, siehe Gerichte.
Kreisräte 66-68.
Kriminalgericht, siehe Gerichte.

Landessprachen 12, 42, 62.

Landwirtschaft,

- Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.
- beruflicher Unterricht 15.
- Viehzucht, Milchwirtschaft, Reb-
bau, Obstbau, Alpwirtschaft,
Bodenverbesserungen, Forstwirtschaft und landwirtschaftliches und berufliches Genossenschaftswesen. Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.

Liegenschaften,

- Enteignung 6.
- Belastung mit einem unloskäufl.
ichen Bodenzins. Verbot 7.
- Ankauf, Veräußerung und Ver-
pfändung 44¹³.
- Verkauf, Tausch, Pacht und Teil-
ung 83.

Meinungsäußerung in Wort und
Schrift, Freiheit 8.

Milchwirtschaft, Förderung und
Unterstützung durch den Staat 15.

Militärdienst, obligatorischer 11.

*Mobiliar- und Immobilien-Feuer-
versicherung*, obligatorische 16.

Niederlassungsfreiheit, Gewährlei-
stung 10.

Obstbau, Förderung und Unterstüt-
zung durch den Staat 15.

Ordnung, öffentliche 2, 53³.

Petitionsrecht, Gewährleistung 9.

Polizei, Reglemente 75.

Pressefreiheit, Gewährleistung 8.

Rebbau, Förderung und Unterstüt-
zung durch den Staat 15.

Rechte der Bürger,

- Glaubens- und Gewissensfreiheit
2,

- gottesdienstliche Handlungen,
freie Ausübung 2.
- Gleichheit vor dem Gesetze 3.
- persönliche Freiheit 4.
- Meinungsäußerungs- und Pres-
sefreiheit 8.
- Petitionsrecht 9.
- Niederlassungsfreiheit 10.
- Vereins- und Versammlungsrecht
10.
- freie Ausübung jeder Berufsart in
Kunst und Wissenschaft 10.
- Handel und Gewerbe 10.
- Arbeitsfreiheit 14.
- Bürgerrecht 28.
- Volksrechte 30-35.
- Stimmrecht und Wahlrecht 88, 89,
92.
- Politische Rechte 88, 89.
- Ausschluss vom Stimmrecht 92.

Regierungsstatthalter,

- Unvereinbarkeiten mit dem Amte
eines – 50, 93.
- Amtsbefugnisse 59.

Religion, römisch-apostolisch-ka-
tholische 2.

Republik, demokratische 1.

Rhone, Dämmung, kantonale
Beiträge 17.

Richter, ordentlicher, Entzugsverbot
5.

Schiedsgerichte, gewerbliche 64.

Souveränität,

- des Volkes 1.
- Ausübung durch den Grossen Rat
44¹⁴.

Spitäler, Bezirks- oder Kreis-, Klini-
ken und Krankenhäuser, Förde-
rung und Unterstützung 19.

Staatsanleihen 44¹³, 83.

Staatsausgaben,

- Bestreitung 23, 34.
- Bestimmung 44⁶.

Staatseinnahmen 34, 44⁶.

Staatsrat 52-59.

- Sitz 27.
- Amtsführung, Prüfung und
Genehmigung 44⁵.
- Gesetzes- oder Dekretsentwürfe
45, 46, 53¹ und 2.
- Zahl, Wahl und Amtsdauer der
Mitglieder 52, 86.

- Freigewordene Sitze, Wiederbesetzung 52.
- Präsident 52.
- Befugnisse 53.
- Verantwortlichkeit über die Amtsführung 54.
- Unvereinbarkeiten mit der Mitgliedschaft 55, 56, 91.
- Beratende Stimme der Mitglieder im Grossen Rat 55.
- Ausübung freier Berufsarten durch die Mitglieder. Verbot 56.
- Höchstzahl der Mitglieder in den eidgenössischen Räten 57.
- Verteilung der Geschäfte nach Departementen 58.
- Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten 85.

Staatsrechnungen 23, 34, 44^o.

Staatsreligion 2.

Staatsschuld 2.

Staatsschuld, Tilgung 25.

Staatssteuern 23, 24.

Staatsvermögen,

- Einkünfte 23.

- Inventar 54.

Staatsverträge, Volksabstimmung 30.

- Abschluss 44¹⁰.

Staatswirtschaft, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.

Ständerat, Wahl der Abgeordneten 85 bis.

Steuern 23, 24.

Stimmrecht,

- Ausübung 88, 89.

- Ausschluss vom - 92.

Strafmilderungsrecht 44³.

Strassen, Entwicklung, Förderung durch den Staat 17.

Truppen, kantonale,

- Aufgebot 53¹.

- Ernennung der Offiziere 53^o.

Unterrichtswesen,

- Leitung und Oberaufsicht des Staates 13.

- Primarunterricht, obligatorischer 13.

- Lehrfreiheit, Gewährleistung 13.

- öffentliche Schulen, Unentgeltlichkeit 13.

- beruflicher Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe, Förderung und Unterstützung 15.

Unvereinbarkeiten mit gewissen Funktionen 49, 50, 55, 56, 57, 60, 63, 91, 93-99.

Vereins- und Versammlungsfreiheit, Gewährleistung 10.

Verfassung, siehe Kantonsverfassung.

Verfassungsrat, siehe Kantonsverfassung.

Verfolgungen, gerichtliche 4, 48.

Verhaftungen 4, 48.

Verkehrsmittel, Entwicklung, Förderung durch den Staat 17.

Verhältnisswahl (proportionales Wahlverfahren),

- für die Wahlen des Grossen Rates 84.

- für die Gemeinde- und Bürgerwahlen 87.

Versicherung, siehe Mobiliar und Immobilien-Feuerversicherung, Viehversicherung.

Verträge,

- Volksabstimmung 30.

- Abschluss 44¹⁰.

Verwaltung,

- Gleichberechtigung der beiden Landessprachen 12.

- Amtsführung 44⁵.

- durch den Staatsrat 53⁵.

- Aufsicht 53⁸.

- Verwaltungsgericht 65.

- Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt, Gericht 65.

Verwaltungsgericht 65.

Verwandtschaft, Unvereinbarkeit mit gewissen Funktionen 91.

Viehversicherung, Organisation und Unterstützung durch den Staat 16.

Viehzucht, Förderung und Unterstützung durch den Staat 15.

Volksabstimmungen,

- Gegenstände, die der - unterliegen 30.

- über Volksbegehren 32-35, 102.

- über Verfassungsrevisionen 30, 102, 105, 106.

- über Gesetze und Dekrete 35.
- Volksbegehren*,
- auf Erlass eines neuen Abänderung oder Aufhebung eines bestehenden Gesetzes 31-35.
- auf Total- oder Partialrevision der kantonalen Verfassung 101, 102, 107.
- Volksrechte* 30-35.
- Volkswahlen* 66, 73, 81, 84-87, 108.
- Voranschlag* 44⁶, 75, 76.
- Vorrechte* des Orts, der Geburt, der Personen oder Familien 3.
- Wahlen* 66, 73, 81, 84-87, 103, 108.
- Wahlrecht* 88, 92.
- Wasserkraft*-Konzessionen oder Übertragungen 83.

- Wehrmannschaft*, kantonale,
- Aufgebot 53⁴.
- Ernennung der Offiziere 53⁶.
- Wehrpflicht* 11.
- Wildbäche*, Dämmung und Verbauung, kantonale Beiträge 17.
- Wohltätigkeitsanstalten*, Gründung und Unterstützung durch den Staat 18.
- Wohnung*,
- Unverletzlichkeit 4.
- Hausdurchsuchung 4.
- Zivilgericht*, siehe Gerichte.
- Zivilstandsbeamte*, Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft im Grossen Rate 50.

